



**Straßenkrawalle in Buenos Aires:** Kein Staat der Welt steckt so tief in der Schuldenfalle

DANIEL LUNA / AP

ARGENTINIEN

# „Das Land ist ausgelutscht“

Staatsbankrott und Regierungskrise, Pleitewelle, Unruhen und Plünderungen: Innerhalb weniger Jahre rutschte der einstige Vorzeigestaat Südamerikas in die Katastrophe. Neben Peso und Dollar setzt die neue Übergangsregierung nun auf eine „dritte Währung“.

Der Aufstand begann in der Provinz. Vor Supermärkten tobten aufgebrauchte Horden und stürmten die Geschäfte. Der Präsident, ein aufrechter Demokrat der Mittelschichtpartei „Radikale Bürgerunion“ (UCR), rief den Ausnahmezustand aus und schickte die Armee auf die Straße. Damit hatte er im Volk verspielt. Fast sechs Monate vor Ende seiner Amtszeit trat er zurück.

Das war 1989, das Staatsoberhaupt hieß Raúl Alfonsín. Argentinien erster demokratischer Staatsschef nach der Diktatur wurde ein spätes Opfer der Militärherrschaft: Die Junta hatte das Land zu Grunde gewirtschaftet, Schulden angehäuft und Milliarden im Falkland-Krieg verpulvert. Alfonsín bescherte dem Land Inflationsraten von über 7000 Prozent pro Jahr. Ladenbesitzer mussten ihre Preise mehrmals am Tag erhöhen. Verzwei-

felte Menschen übernachteten in den Eingängen der Wechselstuben, um Dollar zu kaufen.

Heute, zwölf Jahre später, scheint sich die Geschichte – in Teilen zumindest – zu wiederholen. Wieder hat mit Fernando de la Rúa ein Politiker der Bürgerunion in der Casa Rosada regiert; erneut musste der Präsident den Ausnahmezustand ausrufen – und bald danach zurücktreten.

Zuvor hatten sich in Buenos Aires Szenen abgespielt, die an die blutigste Ver-

gangenheit des Landes erinnerten. Zehntausende Demonstranten lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Etliche starben im Kugelhagel, andere warfen die Fenster von Bankfilialen ein oder stürmten die Supermärkte. „Wir haben Hunger, Herr Präsident!“, rief eine ausgemergelte Hausfrau, während sie tiefgefrorene Steaks aus der Kühltruhe klaubte.

Was für eine Schande für ein Land, das sich gern als Speisekammer Südamerikas präsentiert hat. Welche Niederlage für Millionen Einwanderer, die hier ihren Traum von einem besseren Leben verwirklichen wollten. Heute drängen sich ihre Kinder, Enkel und Urkel an den Ausreiseschaltern der Flughäfen: Sie suchen ihre Zukunft woanders, nicht in einem Land, das offenkundig direkt in Katastrophe und Staatsbankrott schlittert.

Argentinien hat rund 136 Milliarden Dollar Schulden – das

**Sitzung der Ex-Regierung:** Im Korsett der Währungsparität



REUTERS

Land kann die Pleite kaum noch abwenden. Keine Volkswirtschaft der Welt steckt so tief in der Schuldenfalle. Was seine Kreditwürdigkeit angeht, rangiert der Pam-pa-Staat noch hinter Ländern wie Kuba, Pakistan oder Ecuador.

Prompt kündigte der neue Übergangs-präsident, Adolfo Rodríguez Saá, nach seiner Wahl am vergangenen Sonntag an, zu-allererst den Auslandsschuldendienst ein-stellen zu wollen. Mit den frei werdenden Mitteln könnten „eine Million neuer Ar-beitsplätze“ entstehen. Löhne, Pensionen und Sozialprogramme sollen mit einer neu-  
en, „dritten Währung“, bezahlt werden: dem „Argentino“.

Wollen. Können. Sollen

Seit fast vier Jahren schrumpft die Wirt-schaft. Die Rezession hat die Arbeitslosig-keit auf 18 Prozent schnellen lassen. Die einst so wohlhabende und breite Mittel-schicht ist weithin verelendet: Etwa 40 Pro-zent der 37 Millionen Argentinier leben mittlerweile in Armut. „Das Land ist aus-gelutscht“, stellt der Unternehmer Wolf-gang Golla lapidar fest.

Voller Sorge beobachten Politiker, Banker und Ökonomen das dramati-sche Geschehen und fragen sich: Was passiert nach dem Crash? Fallen dann – wie vor gut vier Jahren in der Asien-krise – auch andere Länder wie Do-minosteine? Und wie konnte es über-haupt zu diesem Absturz kommen?

Der Niedergang begann bereits unter Präsident Carlos Menem, dem Vorgänger de la Rúa. Menem hinterließ zwei Probleme, an denen der Staat letztlich zu Grunde gehen musste: einerseits ein gigantisches Loch im Haushalt, andererseits vor allem die gesetzlich festgeschriebene Kopplung des Peso an den Dollar.

Mit dieser Maßnahme hatte es Menem 1991 in seiner ersten Amts-zeit tatsächlich geschafft, die damali-ge Hyperinflation zu stoppen. Das Konzept stammte von seinem Wirt-schaftsminister Domingo Cavallo, ein-  
em Ökonomen, der ehrfurchtsvoll „Zauberer“ oder „Hexer“ genannt wurde.

Cavallos Trick mit der Dollar-Bin-dung funktionierte zunächst glän-zend: Die Inflation war gebannt, die Preise blieben stabil, Kapital aus dem Ausland strömte ins Land. Argenti-nien erreichte anfangs Wachstums-raten von über zwölf Prozent und wurde als Vorbild gepriesen für alle aufstrebenden Staaten – nicht nur in Südamerika.

Fortan nährte Präsident Menem die Illusion, dass Argentinien nun-mehr in die Erste Welt aufgestiegen sei. Er spielte Tennis mit George Bush Sr., protzte mit einem ge-schenkten Ferrari und tanzte Tango mit Claudia Schiffer.

Dutzende Staatsbetriebe wurden in je-ner Zeit verkauft, doch der Erlös ver-schwand in dunklen Kanälen. Die Argenti-nier genossen die „plata dulce“, das „süße Geld“, und fast jeder lebte über sei-ne Verhältnisse. Vor allem die Politiker, die den Staat seit jeher als Selbstbedienungs-laden betrachteten und ihre Anhänger mit öffentlichen Jobs versorgten.

Der Gouverneur der bettelarmen Pro-vinz Formosa gönnte sich ein Monatsgehalt von 50 000 Dollar, auch Wirtschaftsminister Cavallo zeigte sich großzügig in eigener Sache: Mit einem Salär von unter 10 000 Dollar pro Monat, erklärte er, sei für ihn privat schlicht kein Auskommen.

Kritiker des Hexers warnten davor, dass die feste Bindung des Peso an den Dollar nur bei strenger Haushaltsdisziplin durchzuhalten sei – vergebens. Stattdessen finanzierte die Regierung die Löcher im Etat stets mit neuen Krediten, die sie in den Neunzigern auch anstandslos bekam. Der Schuldenberg wuchs in atemraubende Dimensionen.

Gleichzeitig wurde der starre Wechsel-kurs zu einer immer größeren Belastung.



Übergangspräsident Rodríguez Saá\* (r.)  
Hoffen auf den „Argentino“

Mangels einer eigenen nationalen Geld-politik war Argentinien den Entschei-dungen der US-Notenbank ausgeliefert – und die berücksichtigt zuallererst die Interessen der Vereinigten Staaten.

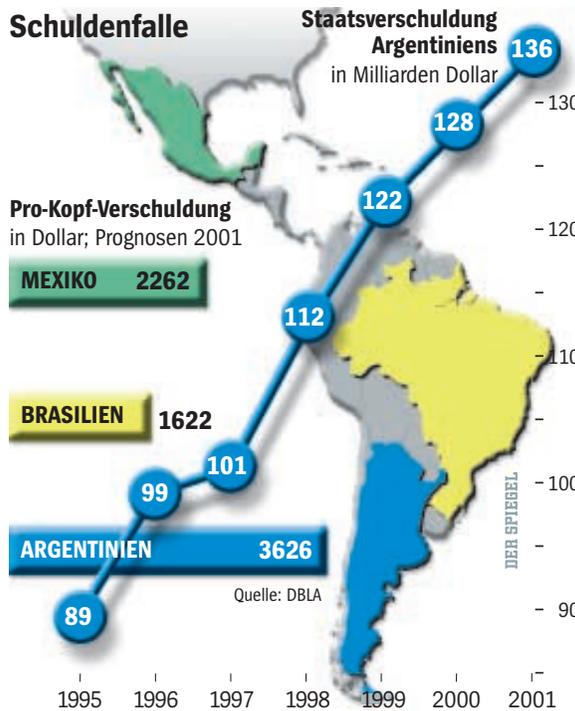
Die argentinische Wirtschaft dagegen litt zunehmend unter dem starken Dollar. Grund: Er verteuerte ihre Ausfuhren im-mens. Argentinien war mit seinen Produkten schon bald nicht mehr wettbewerbsfähig. Mindestens ein Viertel der 1,5 Millionen Kleinbetrie-be musste seit 1994 aufgeben. Umgekehrt wurde das Land über-schwemmt von Billigimporten aus Asien und vor allem aus dem Nach-barland Brasilien, dem Haupthandels-partner, der von der Abwertung seiner eigenen Währung, dem Real, prächtig profitierte.

Das Korsett der strikten Wäh-rungsparitäten, das die Wirtschaft zu-nächst so fabelhaft stützen konnte, raubte dem Unternehmen zum Ende des Jahrzehnts die Luft. Deshalb rief Präsident de la Rúa wieder nach dem Zauberer. Er stattete Cavallo sogar mit Sondervollmachten aus und machte ihn zu einer Art Premierminister. Alle Hoffnungen ruhten nun auf ihm.

Cavallo wollte das System der Dollar-Kopplung, das er selbst auf-gebaut hatte, auf jeden Fall retten. Koste es, was es wolle. Schließlich haben Millionen Argentinier im Ver-trauen auf eine stabile Währung Haus, Wohnung und Auto auf Dollar-Kredit erworben. Eine Abwertung würde für sie lebenslange Schulden bedeuten, nicht selten den totalen Ruin.

Also verordnete der Minister dem Land einen eisernen Sparkurs, um endlich einen ausgeglichenen Haus-halt vorzulegen – und zog damit schnell den Zorn der Bürger auf sich.

So wurden den öffentlich Bediens-tenen 15 Prozent vom Gehalt gestri-



Plünderer im Supermarkt: „Wir haben Hunger“

\* Bei der Vereidigung mit Senatspräsident Ramón Puerta.



REUTERS / JULSTEIN BILDERDIENST

**Arbeiter auf Rinderfarm:** Von der Speisekammer Südamerikas zum Armenhaus

chen. Prompt protestierten 20 000 von ihnen in der Hauptstadt. Der Sparzwang nahm zuweilen groteske Züge an: Ausgerechnet im Außenministerium mussten sich die Bediensteten Telefonate ins Ausland vorher vom Minister genehmigen lassen.

Cavallos Sparwut trieb das Land in einen Teufelskreis: Der verschuldete Staat kürzte seine Ausgaben immer stärker. Darunter litt die Konjunktur. Dadurch wiederum sanken die Steuereinnahmen – eine schier ausweglose Situation.

Gleichzeitig schmolzen die Devisenreserven dahin. Am Ende sahen sich die Zentralbank und die Provinzen sogar gezwungen, Schuldscheine auszustellen. „Wir nehmen Patacones und Lecops“, steht inzwischen an vielen Geschäften in Buenos Aires. In Hinterhöfen blüht die Tauschwirtschaft, weil die Menschen kein Geld mehr besitzen.

Anfang Dezember folgte der vorerst letzte Akt im Drama: Cavallo verfügte, dass jeder Bürger nur 1000 Dollar im Monat von seinen Konten abheben darf. Damit wollte er die grassierende Kapitalflucht eindämmen, denn seit März haben die Bürger mehr als 18 Milliarden Dollar verschwinden lassen.

Mit der Verzweiflungstat jedoch verspielte die Regierung den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit. „Cavallo ist ein Räuber“, rief eine Rentnerin, als die Polizei das Gebäude in der feinen Avenida Libertador umstellte, wo der Minister wohnt.

Demonstranten hatten gedroht, das Apartment zu plündern.

Vergebens hatte der einstige Hexer darauf vertraut, dass ihm der Internationale Währungsfonds (IWF) im Dezember mit einer weiteren Geldspritze von 1,3 Milliarden Dollar beistehen würde. In einer Blitzaktion war er nach Washington gejetzt, um das Geld loszueisen. Doch IWF-Direktor Horst Köhler ließ ihn abblitzen: Er verlangt einen dauerhaften Wirtschaftsplan, der das Land ohne die Last neuer Schulden wieder auf die Beine bringen soll.

Köhler hat die Geduld mit den Südamerikanern verloren. Immer wieder ist der Währungsfonds eingesprungen, um Argentinien aus einer akuten Notlage zu befreien – auch auf die Gefahr hin, dass er damit

das Phänomen auslöst, das Ökonomen mit „moral hazard“ beschreiben: Wenn Regierungen und Zentralbanken sich darauf verlassen können, dass IWF oder Weltbank sie aus der Schuldenfalle befreien, dann werden sie in Zukunft kaum vorsichtiger mit dem Geld umgehen.

So erkaufte sich der Währungsfonds jedes Mal lediglich eine Atempause. Waren die Kredite aufgebraucht, blieb dem IWF nichts anderes übrig, als erneut Geld nachzuschießen.

Damit soll jetzt Schluss sein. Ohne ausgeglichenen Haushalt gebe es keine neuen Hilfen, beschied US-Finanzminister Paul O’Neill den Argentinern. Der IWF will in Buenos Aires ein Exempel statuieren.

Das Risiko scheint halbwegs überschaubar. Der Staatsbankrott am Río de la Plata sendet bislang nur schwache Schockwellen in die anderen Schwellenländer

aus. Eine Kettenreaktion wie bei Asien- oder Russland-Krise gilt den Experten als unwahrscheinlich. „Die Gefahr eines Dominoeffekts ist gering“, sagt Martín Redrado, Chefökonom von Fundación Capital, einem angesehenen Institut für Wirtschaftsforschung.

Selbst Brasilien, das am stärksten von dem Crash im Nachbarland betroffen ist, konnte sich von der Entwicklung in Argentinien abkoppeln. „Im Notfall würde der IWF Brasilien beibringen“, sagt Redrado.

Viele Gläubiger haben ihre Argentinien-Bonds ohnehin längst abgeschlossen. Die Zahlungsschwierigkeiten sind seit Monaten bekannt – spätestens seitdem Rating-Agenturen wie Standard & Poor’s oder Moody’s die wirtschaftliche Lage für so desolat hielten, dass sie das Land auf die unterste Bonitätsstufe zu setzen drohten: auf „D“ wie „Default“, was Zahlungsausfall bedeutet.

Als der einstige Hexer Cavallo im November von den Gläubigern eine „freiwillige“ Umschuldung verlangte, hatte er de facto bereits die Zahlungsunfähigkeit eingestanden.

Politiker und Wirtschaftsfachleute sind ratlos, wie Argentinien jetzt wieder auf die Beine kommen soll. Mit der Dollar-Bindung ist das Land offensichtlich gescheitert. Wertet die künftige Regierung aber den Peso ab, verliert sie auf Jahre das Vertrauen der Anleger und löst eine Pleitewelle im ganzen Land aus. Ökonom Redrado jedenfalls kann keinen Ausweg erkennen: „Argentinien hat die Wahl zwischen Abgrund und Wüste.“

JENS GLÜSING



**ARGENTINIEN**  
**Außenhandelsüberschuss 2000**  
1,17 Milliarden Dollar  
**Hauptexporte:**  
36% Nahrungsmittel, 16% Maschinen und Transportmittel, 11% industrielle Vorprodukte  
**Haupt-Abnehmerländer:**  
Brasilien (30%), USA (8,4%), Chile (7%)